



**Motion der FDP-Fraktion und der SVP-Fraktion
betreffend Verbesserung der Situation bei den Vermögenssteuern im Kanton Zug
vom 30. November 2019**

Die FDP-Fraktion und die SVP-Fraktion haben am 30. November 2019 folgende Motion eingereicht:

Der Regierungsrat wird beauftragt, eine Teilrevision des Steuergesetzes vorzunehmen mit folgenden Zielsetzungen:

- die Vermögenssteuer generell massvoll zu senken
- In die Überlegungen sind eine Deckelung, tarifliche Anpassungen, Erhöhung der Freibeträge oder weitere adäquate Möglichkeiten einzubeziehen.
- Damit von einer Vermögenssteuersenkung auch weniger Vermögende profitieren, ist insbesondere auch eine Erhöhung des Freibetrages zu prüfen.

Begründung:

International scheint die generelle Vermögenssteuer ein Auslaufmodell zu sein. Nur noch wenige Industrieländer kennen diese Steuer. In der Schweiz ist sie noch von grösserer Bedeutung und der Kanton Zug gehört in Bezug auf die Vermögenssteuer nicht zu den attraktivsten Kantonen. So ist der Maximalsteuersatz auf Vermögen im Kanton Zug wesentlich höher als in anderen Zentralschweizer Kantonen wie Schwyz, Nidwalden und Obwalden.

Eine Verbesserung der Situation bei den Vermögenssteuern würde die Möglichkeiten des Kantons Zug verbessern, vermehrt wohlhabende Privatpersonen anzusiedeln. Wie die Diskussionen zum Budget 2020 im Kantonsrat gezeigt haben sind es gute Steuerzahler, welche es dem Kanton ermöglichen, überdurchschnittlich gute Leistungen anzubieten. Dies gilt auch für den sozialen Bereich.

Die ins Auge zu fassende Gesetzesrevision ist so auszugestalten, dass sie sowohl für die Steuerzahler als auch für die Steuerverwaltung ein einfaches Vorgehen ermöglicht: sei es beim Ausfüllen der Steuererklärung bzw. bei der Veranlagung der Vermögenssteuern. Der organisatorische und administrative Aufwand soll durch die Gesetzesrevision nicht erhöht werden.

Kantone wie Bern und Aargau kennen eine Vermögenssteuerbeschränkung. Aufgrund der geltenden Vermögenssteuer-Belastung können die Einkommens- und Vermögenssteuern im Kanton Zug zudem das steuerbare Einkommen übersteigen.

Fallen zu entrichtende Vermögenssteuern höher aus als das erzielte Einkommen bedeutet dies Substanzverzehr. Diese Situation ist vor allem bei natürlichen Personen mit im Verhältnis zum Einkommen sehr hohem Vermögen der Fall.

Der Kanton Bern beispielsweise hat dies früh erkannt und ist zum Schluss gekommen, dass die Steuergesetzgebung bei den Vermögenssteuern so zu definieren ist, dass die Vermögenssteuern grundsätzlich aus den laufenden Einkommens- und Vermögenserträgen bezahlt werden können. Er hat deshalb bei den Vermögenssteuern eine Maximalbelastung im Verhältnis des steuerbaren Vermögensertrages beschlossen.